

**Nr. 15/14 vom 30.11.2015**

## **Internationaler Energiedialog**

### **Die Europäische Klimaschutzpolitik im Vorfeld von Paris – Erwartungen der energieintensiven Wirtschaft**

**Berlin. Im Vorfeld der 21. UN-Klimakonferenz in Paris fürchtet die energieintensive Wirtschaft um ihre europäischen Standorte. Sollten die europäischen Klimaschutzziele zu stark von den zu erwartenden globalen Festlegungen abweichen, bringe dies Wettbewerbsverzerrungen und somit einen Abwanderungseffekt, jedoch keine globale Minderung von Emissionen. Wie sowohl ein hohes Maß an Klimaschutz als auch die Belange der energieintensiven Wirtschaft in Europa gesichert werden können, diskutierten Experten aus Politik, Umweltschutz und Wirtschaft im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Internationaler Energiedialog“ des Forum für Zukunftsenergien am 25. November 2015.**

„Wir werden in Paris einen Paradigmenwechsel erleben“ versicherte MinDir Franzjosef Schafhausen, Leiter der Abteilung Klimaschutz, Europa und Internationales im BMUB. Anders als beim Kyoto-Protokoll gebe es inzwischen die Bereitschaft aller Staaten, sich zu Klimaschutzziele zu verpflichten. Die damit verbundenen Lasten sollen nunmehr individuell nach Verantwortung und Potential auf die einzelnen Länder verteilt werden. Dies bedeute eine Abkehr von der Zweiteilung der Welt in die der „Industriestaaten“ und jene der „Entwicklungsländer“. Neu sei auch die Bereitschaft von großen Treibhausgas-Emittenten wie den USA, China und Kanada, ihren Beitrag zu leisten. So wünsche etwa China, dass das von der Bundesregierung und anderen Staaten angestrebte 2-Grad-Ziel eingehalten werde. Dennoch bleibe es sehr schwierig, die bereits von fast allen Staaten eingereichten Klimaschutz-Zusagen (INDCs) rechtlich verbindlich zu gestalten.

Schafhausen führte weiter aus, dass sich seit Kyoto die Richtung geändert habe, aus der der Antrieb für ambitionierte Klimaschutzziele komme. Seien es damals noch Juristen und Diplomaten gewesen, die sich für die Reduktionsziele einsetzten, hätten inzwischen zahlreiche Aktivitäten der Staaten im Bereich des Klimaschutzes ihren Ursprung in der Zivilgesellschaft. Klimatechnologien seien bedeutend günstiger geworden, so dass auch Entwicklungsländer wie Indien zunehmend Gebrauch von ihnen machten. Damit bringe zum Beispiel eine dezentrale Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien in ländlichen Gebieten gleichzeitig wirtschaftliche und soziale Vorteile mit sich. Er sei daher sehr zuversichtlich, dass auch die Schwellenländer ihre Klimaschutz-Beiträge leisteten und diese oft höher ausfallen werden, als offiziell angekündigt. Demzufolge versuche die EU in Paris besonders ambitionierte Klimaziele anzustreben. Eine Kernforderung sei dabei der sogenannte „Ambitionsmechanismus“, der besagt, dass die Klimaziele alle fünf Jahre in einem standardisierten Evaluationsprozess überprüft und ggf. verschärft werden sollten.

Ein weiteres Thema bei der Klimakonferenz werde die Ausrichtung des 2010 gegründeten „Green Climate Fund“ sein, über den bis 2020 jährlich 100 Milliarden US Dollar sowohl für die Minderung von Treibhausgasen als auch für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bereitgestellt werden sollen. Auf das Thema „Anpassung“ lege die Bundesregierung besonderes Augenmerk.

Dr. Jörg Rothermel, Bereichsleiter Energie-, Klimaschutz- und Rohstoffpolitik des Verbandes der Chemischen Industrie, zeigte sich weniger zuversichtlich als Schafhausen und verwies auf die – trotz Klimapolitik – global seit 1990 um 40 Prozent gestiegenen Treibhausgasemissionen. Lediglich die EU und Russland hätten in diesem Zeitraum ihre Emissionen gesenkt, wobei die Reduzierung in Russland insbesondere dem Verfall der ineffizienten sowjetischen Industrie zuzuschreiben sei. Ebenso seien die Emissionsminderungen innerhalb der EU bzw. Deutschland zu einem großen Teil auf Effizienzsteigerungen in Ostdeutschland und Osteuropa zurückzuführen. Diese Potentiale seien jetzt aber weitgehend verbraucht. Er verwies im Übrigen auf die Erfolge der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie, die zwischen 1990 bis 2013 ihre Produktion um 60 Prozent steigern und gleichzeitig ihre Emissionen an Treibhausgasen um 49 Prozent senken konnte. Dabei hob er die wichtige Position hervor, die die chemische Industrie im Bereich der Klimaschutztechnologien wahrnehme. Gerade die deutschen und die europäischen Unternehmen spielten eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von Dämmmaterialien oder besonders effizienten Verbundwerkstoffen. Damit förderten sie entscheidend die weltweite Technologieentwicklung.

Für Paris wünscht sich Dr. Rothermel daher zumindest ein vergleichbares Ambitionsniveau bei den Minderungsverpflichtungen der wichtigsten Emittentenländer. Idealerweise wäre dies seinen Vorstellungen zufolge mit einem globalen, oder zumindest auf G-20-Ebene realisierten Emissionshandel zu erreichen. Individuelle Verpflichtungen seien weniger wirksam, wie sich an der Summierung der Ziele der eingereichten INDCs ablesen lasse. Sie brächten nicht eine Senkung, sondern liefen auf eine Steigerung der weltweiten Emissionen hinaus, die zu einer Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts um 2,7 Grad Celsius führen würde.

Mit Blick auf die wichtige Rolle des energieintensiven Sektors bei Innovationen und seiner Bedeutung für die Wirtschaft müsse die deutsche und europäische Politik demnach zukünftig mehr Rücksicht auf den energieintensiven Sektor nehmen, da dieser ansonsten unverhältnismäßig stark belastet würde und das Resultat eine Abwanderung (Carbon Leakage) dieses Sektors wäre. Zum Thema „Carbon Leakage“ nahm Schafhausen ergänzend Stellung und verwies auf die bereits existierenden Entlastungen für die energieintensive Industrie u.a. bei der Stromsteuer, der EEG-Umlage und bei den Netzentgelten. Insofern habe er wenig Verständnis für die Ängste dieses Wirtschaftszweiges.

Vor diesem Hintergrund diskutierten die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Anja Weisgerber (CDU/CSU) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Dr. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer, Verband der Chemischen Industrie, und Karsten Smid, Kampagnenleiter Klima & Energie, Greenpeace, unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, über die Auswirkungen der europäischen Klimapolitik auf die energieintensive Industrie. Dabei betonten sowohl die Vertreterin der Koalition als auch die der Opposition die wirtschaftlichen Chancen, die sich durch die ambitionierte europäische Klimapolitik ergäben. So seien beispielsweise die Effizienzsteigerungen in der chemisch-pharmazeutischen Industrie ein Ergebnis der politischen Ziele und mache diese wettbewerbsfähig, argumentierte Baerbock. Smid warnte davor, dass die energieintensive Industrie die gleichen Probleme wie die Stromerzeuger bekommen könne, wenn sie sich nicht rechtzeitig an die geänderten Anforderungen durch den Klimaschutz anpasse.

Streitpunkt bildete auch der europäische Emissionshandel, den Dr. Tillmann als einen der Gründe für den Erfolg der Emissionsminderung in der EU sieht. Dem stimmte Dr. Weisgerber zu, die diesen gerne gestärkt sehen würde, da er geeigneter sei als nationale Maßnahmen im Klimaschutz. In diesem Sinne verwies Dr. Tillmann auf die Probleme, die sich durch das deutsche 40-Prozent-Ziel bis 2020 bereits ergeben haben, da dieser Bereich bereits durch das europäische Emissionshandelssystem erfasst werde.

Mit Blick auf die UN-Klimakonferenz zeigten sich alle Beteiligten zuversichtlich, dass es zu einer Vereinbarung kommen werde. Deren Inhalt werde vermutlich nicht sehr ambitioniert sein. Jedoch böte der geplante „Ambitionsmechanismus“ eine geeignete Grundlage für strengere Anforderungen in den nächsten Jahren.

Die Präsentation von Dr. Jörg Rothermel steht für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

Das Forum für Zukunftsenergien dankt dem Verband der Chemischen Industrie e.V. für die Unterstützung.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

### **Kontakt:**

Gregor J. Weber M.A.  
Referent  
Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[weber@zukunftsenergien.de](mailto:weber@zukunftsenergien.de)  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)